

Kantonsrat will keine Extrawürste für die Kantonsspital AG

ZÜRICH/WINTERTHUR Die Mehrheit im Kantonsrat liess sich auch gestern keine Zugeständnisse bei der Auslagerung des Kantonsspitals abringen. Streitpunkt waren diesmal vor allem die Immobilien. Die Ratslinke warnte vor «Rüstungswettläufen».

Nach der fünfständigen Monsterebene vor einer Woche ging das ungleiche Tauziehen um das neue Gesetz zur Auslagerung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) gestern in die nächste Runde. Die grössten Pflöcke waren bereits eingeschlagen: die Frage der Rechtsform (privat-rechtliche Aktiengesellschaft), die Frage der Beteiligung des Kantons (die ersten fünf Jahre zu hundert Prozent, danach kann er die Mehrheit der Aktien verkaufen) und wer das Vorkaufsrecht bekommt (die Stadt Winterthur und Gemeinden der Spitalregion, nicht aber öffentlich-rechtliche Anstalten). Die Gräben zwischen der Linken und dem Mitte-rechts-Lager waren unüberbrückbar tief. Beide Seiten warfen sich ideologische Verblendung vor. Einzig in einem Bereich fand man sich: als es darum ging, die parlamentarische

«Bei der Frage der Staatshaftung folgen wir dem Prinzip «Liebe, Glaube, Hoffnung.»»

Thomas Marthaler (SP, Zürich)

Kontrolle zu stärken, bei der Festlegung der Eigentümerstrategie und bei der Wahl des Verwaltungsrats nämlich.

Gestern war die Minderheit aus AL, Grünen und SP erneut vergeblich um «Schadensminderung» bemüht. Sie verlangte zum Beispiel, dass das KSW seine Pläne beim Personal und zur Ausbildung sowie Investitionen und Immobilien in seiner Eigentümerstrategie offenlegt. «Will das KSW auf dem Markt bestehen, muss es um gutes und motiviertes Personal bemüht sein», sagte Andreas Daurü (SP, Winterthur).

Zankapfel Immobilien

Bei der Frage, wie mit den KSW-Immobilien umzugehen sei, argumentierten Grüne und AL erneut mit «too big to fail». «Das Risiko trägt auch bei einer vollprivatisierten AG der Steuerzahler», ist Kathy Steiner (Grüne, Zürich) überzeugt. Die Gefahr, dass sich der Kanton wegen Immobilienspekulationen des Spitals verschulde, sei gross, meinte Kaspar Bütikofer (AL, Zürich). «Und zur Frage der Staatshaftung im Falle eines Konkurses ist die Kommission nie im Detail informiert worden. Hier entscheiden wir nach dem Motto «Liebe, Glaube, Hoffnung», schob Thomas Marthaler (SP, Zürich) nach.

Richtig feurig wurde die Debatte nochmals bei der Frage, als es



In vier Wochen stimmt der Kantonsrat definitiv zur KSW AG ab.

um das Baurecht ging. Das Gesetz sieht vor, dass der Kanton die KSW-Immobilien verkaufen und der neuen AG das Land im Baurecht übertragen kann. «So würde der Kanton zwar von den Bau-rechtszinsen und Wertsteigerungen profitieren, aber nur solange das KSW in seinem Besitz bleibt», mahnte Esther Straub (SP, Zürich). Die Linke hätte das sogenannte Delegationsmodell bevorzugt, wie es für die Universität Zürich bereits gilt und für das Universitätsspital Zürich diskutiert wird. Dabei träte die KSW AG – nach wie vor im Besitz des Kantons – als Bauherrin und Planerin auf. Der Rat müsste geplante Investitionen jedoch jeweils bewilligen. Neubauten gingen so wesentlich zackiger voran, der

mühselige jahrelange Hürdenlauf durch die Verwaltung bliebe dem Spital erspart. Weder Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) noch Markus Schaaf (EVP, Zell) wollten eine solche «Extrawurst» fürs KSW in Kauf nehmen: «Allen anderen ausgelagerten Spitälern wurde das Baurecht ebenfalls längst übertragen», sagte Schaaf. Er hält das Risiko für kalkulierbar, während die SP wettbewerbsgetriebene «Investitionen in Überkapazitäten» und «Rüstungswettläufe» befürchtet. Damit züchteten die Spitäler neue Immobilienblasen heran und trieben die Kosten im Gesundheitswesen in die Höhe.

SVP und FDP liessen sich von solch Szenarien aber nicht beeindrucken. «Seien wir konsequent

«Bei den Immobilien braucht es keine Extrawurst fürs KSW.»

Thomas Heiniger (FDP),
Gesundheitsdirektor

und geben das Land im Baurecht ab», forderte Benjamin Fischer (SVP, Volketswil). Und dafür, im Gesetz die Aushandlung eines Gesamtarbeitsvertrages zu verankern, liess sich die Ratsmehrheit nicht erweichen.

Referendum angekündigt

SP-Kantonsrat Markus Späth (SP, Feuerthalen) würdigte in seiner Bilanz aus Fraktionssicht zwar die Arbeit der vorbereitenden Kommission. So wie die Vorlage heute aber aussehe, sehe man sich zum Referendum gezwungen. Ein solches hat der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich bereits beschlossen, auch gleich zur geplanten Auslagerung der Integrierten Psychiatrie Winterthur-Zürich Unterland. Darüber wird erst in vier Wochen beraten. Dann findet auch die Schlussabstimmung zu beiden Vorlagen statt.

Till Hirsekorn

In Kürze

BAHNHOFPLATZ Beziehungsstreit artete aus

Am frühen Samstagmorgen gerieten ein 23-jähriger Mann und seine Freundin beim Bahnhofplatz aneinander. Sie stritten sich so heftig, dass eine Gruppe von mehr als einem Dutzend Aussenstehender auf den Streit aufmerksam wurde. Laut Stadtpolizei Winterthur griff die Gruppe in den Streit ein und es kam zu Handgreiflichkeiten zwischen dem 23-Jährigen und einer weiteren Person. Dabei wurde der junge Mann leicht verletzt. red

UNTERE VOGELANGSTRASSE 39 km/h zu schnell gefahren

Am Sonntagabend hat die Polizei an der Unteren Vogelsangstrasse in der 50er-Zone eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt. Ein Autofahrer wurde mit 89 Stundenkilometern (netto) geblitzt. Er wird wegen grober Verletzung der Verkehrsregeln angezeigt und muss mit einem Ausweisentzug rechnen. Während der rund zwei Stunden waren von 1182 gemessenen Fahrzeugen weitere 74 Fahrzeuglenkende zu schnell unterwegs. red

SEEN

Zündkabel an Mofas durchgeschnitten

Am Freitagnachmittag zwischen 14.30 Uhr und 17 Uhr hat eine unbekannte Täterschaft an der Gotzenwilerstrasse bei vier parkierten Mofas die Zündkabel durchgeschnitten. Die Sachschadenshöhe konnte noch nicht beziffert werden. red

Fatime kann jetzt mit Gemüse stempeln

FAMILIENFÖRDERUNG Ein Verein führt zumeist ausländische Kleinkinder an den Kindergarten heran. Dank einer UBS-Spende kann das Programm ausgebaut werden.

Es war in einem Deutschkurs, wo Rabije Merdzani vom Frühförderprogramm des Vereins Familien stärken erfuhr. «Ich habe es ausprobiert und bin hängen geblieben», erzählt die dreifache Mutter aus Mazedonien, während sie im Familienzentrum auf dem Sidi-Areal, gemeinsam mit ihrer Tochter Fatime, mit Gemüsestempeln eine Jutetasche verziert. Ihr ältester Sohn hatte Mühe im Kindergarten: Er verstand wenig Deutsch, zog sich zurück, schloss kaum Freundschaften. Dem zweiten Kind erging es ungleich besser. In wöchentlichen Kursen wurde die Tochter an den Kindergarten herangeführt, «sie ist früh zu einem offenen und sehr selbstständigen Kind geworden». Mittlerweile profitiert auch die drittgeborene, bald zweijährige Tochter vom Programm «Schrittweise». Die Mutter resümiert, auch sie selbst habe vieles gelernt. «Ich kenne jetzt die Bedürfnisse meiner Kinder besser.» Sie spiele mehr mit ihnen, bastle, gehe mit ihnen nach draussen.

Kinderförderung ist Elternförderung

Das ist genau im Sinn der Kursveranstalter. Die Förderung benachteiligter Kleinkinder, wie sie der Verein betreibt, sei eigentlich in erster Linie Elternbildung, sagt Präsidentin Silvia Schilter. Das Prinzip: Die Eltern lernen von Vorbildern, den sogenannten



Im Frühförderprogramm werden ausländische Kleinkinder an den Kindergarten herangeführt: Rabije Merdzani mit Tochter Fatime.

Enzo Lopardo

Hausbesucherinnen, die regelmässig bei ihnen zu Gast sind. Man spiele nicht einfach mit den Kindern, so Schilter, sondern vermittle Rollenbilder: Was wird in der Schweiz von Eltern erwartet? Warum sollte man mit dem Kind auf den Spielplatz gehen? Wieso sollte ein Kleinkind nicht ausschliesslich Sprite trinken? Fast alle Kursteilnehmer haben Wurzeln im Ausland; die Mütter und Väter sind sozial isoliert, arbeits-

los – oder beide Elternteile arbeiten und sind wenig zu Hause. Auch bei den Hausbesucherinnen handelt es sich um Migrantinnen, sie sprechen Türkisch oder Albanisch. Das Programm sei standardisiert und werde wissenschaftlich evaluiert, betont Schilter.

Eine Besonderheit des Projekts ist die aktive Suche nach benachteiligten Familien. Angebote zur Kleinkinderförderung sind

zahlreich in der Stadt, doch viele Eltern melden ihre Kinder nicht dafür an, Flyer verfehlen die Wirkung. «Wir gehen selbst auf die Eltern zu, anstatt zu warten, bis sie zu uns kommen», sagt Koordinatorin Tanja Falk. Wichtige Hinweise stammen von Mütter- und Väterberatern sowie Fachstellen, von Kinderärzten und von Kindergärtnerinnen, die ältere Geschwister der Kleinkinder unterrichten. Die Kindergärtnerinnen

zählen auch zu den Profiteuren: Das Programm soll die Fähigkeitsunterschiede der Kinder beim Eintritt des Kindergartens verkleinern. Das Angebot komme bei den meisten Eltern gut an, berichtet Falk. Nur ganz selten heisse es, man solle sich gefälligst nicht in die Kindererziehung einmischen.

Die Kurse fordern auch die Eltern. Während der wöchentlichen Hausbesuche dürfen sie

nicht einkaufen gehen oder Wäsche aufhängen, sondern sie müssen selbst Bauklötze in die Hand nehmen. Auch die regelmässigen Gruppentreffen auf dem Sidi-Areal am Deutweg sind Pflicht. Dank der 190 000-Franken-Spende einer UBS-Stiftung kann das jeweils anderthalbjährige Programm neu 25 statt 15 Familien offeriert werden.

Grundfinanziert wird der Betrieb aus dem städtischen Frühförderkredit (40 000 Franken jährlich) und aus Integrationsfördermitteln des Bundes (85 000 Franken). Die Kosten für die Familien sind mit einem Spiegelsachenbeitrag von 10 Franken pro Monat minimal.

Eine Gelegenheit für die Eltern, Deutsch zu sprechen

Auch der Sohn der türkischstämmigen Fadime Selimoglu drückt farbgetränktes Gemüse auf eine Tragtasche. Der Bub, zwei Jahre und drei Monate alt, warte immer ganz ungeduldig auf die Hausbesucherin mit ihren Spielsachen und Büchern, berichtet die Mutter. Er sei ein neugieriges Kind, das bei den Gruppentreffen gerne mit anderen spiele. Den Eltern biete sich bei den Treffen die Gelegenheit, Deutsch zu sprechen, ergänzt Hausbesucherin Hande Senol, was sonst im Alltag oft wenig geschehe.

Rabije Merdzani hat die «Hausaufgabe» gefasst, das Gemüsestempeln mit ihrer kleinen Tochter daheim zu wiederholen. Sie bedauert es, dass sie nicht früher auf die Kurse aufmerksam geworden ist. «Auch mein Sohn hätte es im Kindergarten besser haben können.»

Christian Gurtner